

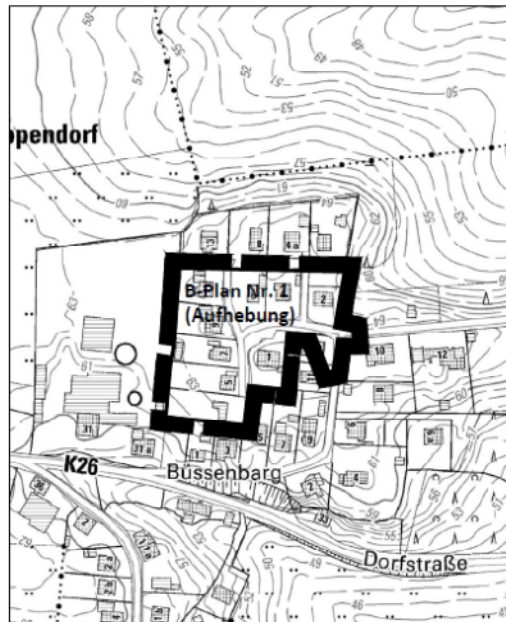
BEGRÜNDUNG

zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Tappendorf

für das Gebiet

Büssenbarg

- südlich der Bebauung „Op de Höh“ Nr. 2b, 4a, 8 + 13,
östlich der Grundstücks „Dorfstraße“ Nr. 31,
nördlich der Bebauung Büssenbarg Nr. 1 bis 9 a (ungerade Hausnummern) und den
Flurstücken 31/1 und 23/6 und westlich der Straße „Büssenbarg“
und der landwirtschaftlichen Fläche (Flurstück 23/42)



ÜBERSICHTSPLAN M. 1:5.000

Amtliche Geobasisdaten Schleswig Holstein © VermKatV-SH



ATKIS[®]

PLANUNGSGRUPPE
Dipl.-Ing. Hermann Dirks
Stadt- und Landschaftsplanung



Stand: Entwurf

Datum: September 2017

Verfasser: Dipl.-Ing. Hermann Dirks
Dipl.-Umweltwiss. Annette Botters

Inhaltsverzeichnis

1.	Entwicklung der Planung aus dem Flächennutzungsplan	2
2.	Lage und Umfang des Plangebietes	2
3.	Notwendigkeit der Planaufstellung und städtebauliche Maßnahmen	2
4.	Umweltbericht	3
4.1	Allgemeines	3
4.1.1	Anlass der Planung	3
4.2	Planerische Vorgaben und Ziele anderer Fachplanungen	3
4.2.1	Fachgesetze/Fachplanungen	3
4.2.2	Schutzgut Mensch	6
4.2.3	Schutzgut Boden.....	6
4.2.4	Schutzgut Wasser	6
4.2.5	Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt.....	7
4.2.6	Schutzgüter Klima und Luft	7
4.2.7	Schutzgut Landschaftsbild.....	7
4.2.8	Schutzgut Kultur- und Sachgüter.....	7
4.2.9	Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern.....	7
4.3	Alternative Planungsmöglichkeiten	8
4.4	Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher Umweltauswirkungen	8
4.5	Zusammenfassung.....	10
5.	Kosten.....	10

1. Entwicklung der Planung aus dem Flächennutzungsplan

Der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Tappendorf stellt die Flächen innerhalb des Plangeltungsbereiches der vorliegenden Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 als Gemischte Baufläche - M - dar.

2. Lage und Umfang des Plangebietes

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 1 ha. Es befindet sich im nordöstlichen Teil des Siedlungskörpers und wird wohnbaulich genutzt.

Begrenzt wird das Plangebiet

- im Westen durch landwirtschaftlich genutzte Bereiche,
- im Norden durch vorhandene wohnbauliche Nutzungen,
- im Osten und Süden durch die Straße „Büssendorf“ sowie hieran anschließende vorhandene Wohnnutzungen.

Die Flächen innerhalb des Plangeltungsbereiches weisen bei ca. 63 - 65 m NHN keine nennenswerten topographischen Bewegungen auf.

3. Notwendigkeit der Planaufstellung und städtebauliche Maßnahmen

Die Gemeinde Tappendorf ist gemäß der Darstellungen des Regionalplanes für den Planungsraum III dem Nahbereich der Gemeinde Hohenwestedt als Unterzentrum zugeordnet; mit Stand vom 31. Dezember 2015 wies Tappendorf eine Einwohnerzahl von insgesamt 341 auf. Tappendorf ist amtsangehörige Gemeinde des Amtes Mittelholstein mit Verwaltungshauptsitz in Hohenwestedt.

Der Bebauungsplan Nr. 1 der Gemeinde Tappendorf trat am 01-07-1981 in Kraft; durch diesen Plan wurden seinerzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Nutzung des Planbereiches durch 9 Baugrundstücke für Einfamilienhäuser geschaffen. Die Bauflächen wurden insgesamt als Dorfgebiete - MD - festgesetzt. Weiterhin wurden die erforderlichen Flächen zur Erschließung dieser Baugrundstücke als öffentliche Verkehrsflächen fixiert.

Da die in der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 1 dargelegten Planungsziele der Gemeinde Tappendorf als umgesetzt anzusehen sind, entschloss sich die Gemeinde Tappendorf nunmehr zur Aufhebung des betreffenden Bebauungsplanes.

Die durch den Bebauungsplan Nr. 1 vorgesehenen Ver- und Entsorgungsanlagen sowie die festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen wurden zwischenzeitlich hergerichtet und - soweit erforderlich - gewidmet.

Innerhalb des festgesetzten Aufhebungsbereiches sollen Bauvorhaben künftig nach § 34 BauGB beurteilt werden; so kann zukünftig eine individuelle Bebauung hinsichtlich der überbaubaren Grundstücksflächen sowie der Gestaltung der baulichen Anlagen zugelassen werden, soweit diese sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

Aus der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Tappendorf sind weder für die sich innerhalb des Geltungsbereiches befindenden Flächen wie für die angrenzenden Bereiche negative Auswirkungen zu erwarten.

Auch aufgrund des "Alters" des Bebauungsplanes (rechtsverbindlich seit 1981) können Entschädigungsansprüche nach § 42 ff BauGB nicht abgeleitet werden.

Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens nach dem BauGB sind im Zusammenhang mit der Aufhebung des Bebauungsplanes nicht verbunden.

4. Umweltbericht

4.1 Allgemeines

4.1.1 Anlass der Planung

Die im Bebauungsplan Nr. 1 dargelegten Planungsziele der Gemeinde Tappendorf sind als umgesetzt anzusehen. Aus diesem Grund entschloss sich die Gemeinde Tappendorf zur Aufhebung des betreffenden Bebauungsplanes.

4.2 Planerische Vorgaben und Ziele anderer Fachplanungen

4.2.1 Fachgesetze/Fachplanungen

Nachfolgend werden die in einschlägigen Fachgesetzen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für die Aufstellung des Bebauungsplanes von Bedeutung sind, dargestellt.

Fachgesetze

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG), Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) vom 24. Februar 2010

Die Zielbestimmung des Naturschutzes ist in § 1 BNatSchG definiert. Hier sind die drei Handlungsfelder "biologische Vielfalt", die "Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts" und die "Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft" beschrieben. Die weiteren Absätze des § 1 BNatSchG konkretisieren diese Teilziele weiter. Nach Bundesnaturschutzgesetz sind die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft zu vermeiden, zu minimieren bzw. auszugleichen. § 14 Abs. 1 BNatSchG stellt den Eingriffstatbestand wie folgt dar:

Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können.

Die Verpflichtung, vermeidbare Eingriffe im Sinne des BNatSchG zu unterlassen und unvermeidbare Eingriffe auszugleichen bzw. Ersatzmaßnahmen durchzuführen, ergibt sich aus § 15 BNatSchG. In § 18 Abs. 1 und 2 BNatSchG ist das Verhältnis von naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung zu den Bestimmungen der Bauleitplanung geregelt:

Sind aufgrund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder von Satzungen nach § 34 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 des Baugesetzbuches Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden.

Baugesetzbuch (BauGB)

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen, hierbei sind insbesondere die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt zu berücksichtigen (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB).

Es ist sparsam und schonend mit Grund und Boden umzugehen. Dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (vgl. § 1a Abs. 2 BauGB).

Für das anstehende Planverfahren ist die Eingriffsregelung des § 1a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 18 BNatSchG zu beachten. Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind in der Abwägung zu berücksichtigen (vgl. § 1a Abs. 3 BauGB).

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)

Ziel des BBodSchG ist der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktion im Naturhaushalt, insbesondere als

- Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen,
- Bestandteil des Naturhaushalts mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,
- Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen aufgrund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften (Grundwasserschutz),
- Archiv der Natur- und Kulturgeschichte,
- Standorte für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen.

Weitere Ziele sind:

- der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen,
- Vorsorgeregelungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen,
- die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten.

Fachplanungen

Landesentwicklungsplan

Da die Zielaussagen des Landesentwicklungsplanes überwiegend relativ allgemein gehalten sind, wurde die Auswertung der übergeordneten Zielvorstellungen auf den Regionalplan beschränkt, wobei im Folgenden nur Aussagen mit konkretem räumlichem oder inhaltlichem Bezug wiedergegeben werden.

Regionalplan

Im Regionalplan für den Planungsraum III - Schleswig-Holstein Mitte - aus dem Jahr 2000 ist das Plangebiet als "Ländlicher Raum" dargestellt. Des Weiteren stellt der Regionalplan das Areal als ein „Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung“ dar.

Landschaftsrahmenplan

Mit dem Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturenschutzgesetz - LNatSchG) und zur Änderung anderer Vorschriften vom 6. März 2007 sind Landschaftsrahmenpläne (§ 5 LNatSchG a. F.) als Instrument der Landschaftsplanung auf der regionalen Ebene entfallen. Diese Aufgabe wird künftig das Landschaftsprogramm in seiner fortgeschriebenen Fassung erfüllen. Bis dahin behalten die vor Inkrafttreten des LNatSchG vom 6. März 2007 festgestellten und veröffentlichten Landschaftsrahmenpläne unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes (LNatSchG v. 6. März 2007) ihre Gültigkeit.

Die Landschaftsrahmenplanung berücksichtigt aus der Sicht der Fachplanung bekannte konkurrierende Flächenansprüche, ohne jedoch im Einzelfall Entscheidungen zu treffen. Hierzu gehören beispielsweise Siedlung, Verkehr, Rohstoffgewinnung, Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus, Erholung und Sport.

Für Gebiete, die als Schutzgebiet vorgeschlagen werden, werden allgemein rechtsverbindliche Festsetzungen erst durch spezielle Verordnungen erlassen. Dies geschieht in einem eigenen Rechtsetzungsverfahren. Dort erfolgt auch eine detaillierte Abwägung der einzelnen Interessen. Auswirkungen für die Nutzung und Maßnahmen im Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke, Jagdausübung und Fischerei ergeben sich im Einzelfall vorwiegend in Naturschutzgebieten. Hier liegen dann entsprechend besondere Schutzgründe vor. Grundsätzlich können und dürfen nicht alle Entscheidungen und Abwägungsprozesse durch die Landschaftsrahmenpläne vorweg genommen werden.

Die Landschaftsrahmenpläne ergänzen und konkretisieren den landesweiten Biotopverbund. Sie treffen Aussagen zur nachhaltigen Nutzung des Raumes, die einen funktionsfähigen Naturhaushalt sichern sollen. Damit wird insgesamt zur Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen beigetragen.

Die Landschaftsrahmenpläne enthalten konkrete Schutzgebietsvorschläge. Es werden Bereiche benannt, in denen Aspekte des Ressourcenschutzes wie beispielsweise der Grundwasserschutz oder die Erholungseignung von besonderer Bedeutung sind. Die vorhandenen

Schutzgebiete sowie sonstige ökologisch wertvolle Landschaftsteile sind im Kartenteil als Bestand dargestellt. Dieses erfolgt unabhängig davon, ob für diese Gebiete oder Flächen rechtswirksame Planungen nach anderen Gesetzen vorliegen.

Flächennutzungsplan

Der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Tappendorf stellt die Flächen innerhalb des Plangeltungsbereiches der vorliegenden Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 als Gemischte Baufläche - M - dar.

Landschaftsplan

Der gültige Landschaftsplan stellt das Plangebiet in der Karte „Bestand“ sowie in der Karte „Planung“ bereits als baulich genutzte Wohnbaufläche dar.

Schutzgebiete, geschützte Bestandteile und Biotope nach dem BNatSchG

Im Plangebiet sind mehrere Knicks vorzufinden, die nach § 21 LNatSchG geschützte Biotope darstellen.

4.2.2 Schutzgut Mensch

Der Plangeltungsbereich der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 ist durch die umgesetzte Planung intensiv als Wohngebiet geprägt. Bei dem Gebäudebestand handelt es sich um Einfamilienhäuser, die umgeben sind von Hausgärten, die als private Grün- und Freiflächen genutzt werden. Durch die geplante Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 sind keine wesentlichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu erwarten. Zukünftige Vorhaben können entsprechend den Regelungen des § 34 BauGB beurteilt werden.

4.2.3 Schutzgut Boden

Gemäß Landschafts- und Umweltatlas befindet sich im Plangebiet der Bodentyp Braunerde. Die Empfindlichkeit gegenüber Bodenverdichtungen ist als gering bis mäßig anzusehen.

Altlasten befinden sich nicht im Plangebiet.

Erhebliche Beeinträchtigungen durch die Aufhebung des Bebauungsplans können ausgeschlossen werden. Im Hinblick auf das Schutzgut Boden sind somit keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

4.2.4 Schutzgut Wasser

Oberflächengewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Das Plangebiet befindet sich gemäß des interaktiven LANDWIRTSCHAFTS- UND UMWELTATLAS des LANDESAMTS FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME außerhalb festgesetzter Überschwemmungsgebiete und Wasserschutzgebiete. Die Abgrenzung der Grundwasserkörper erfolgt nach hydraulischen, geologischen und naturräumlichen Gesichtspunkten. Das Plangebiet befindet sich im Grundwasserkörper „Stör-Geest und östliches Hügelland“ (LANDWIRTSCHAFTS- UND UMWELTATLAS, 2016).

4.2.5 Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt

Das Plangebiet ist gekennzeichnet durch eine vorhandene Wohnbebauung. Der Umgebungsbereich wird von weiteren Wohnhäusern, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Gehölzstrukturen geprägt. Im Plangebiet selbst sind Knickstrukturen vorhanden, die die Wohnbebauung auflockern und einen gewissen Erholungswert geben. Diese Knickstrukturen sind durch das LNatSchG sowie durch das BNatSchG geschützt. Beeinträchtigungen durch die Planaufhebung sind nicht zu erwarten. Nordwestlich im Plangeltungsbereich ist im ursprünglichen B-Plan ein Knick festgesetzt. Dieser konnte in der Örtlichkeit nicht festgestellt werden und muss somit kompensiert werden.

Vorkommen streng geschützter Arten i. S. § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG sowie seltene / gefährdete Vertreter der besonders geschützten Arten sind ebenso wie Artenschutzbelange (§ 44 BNatSchG) im Plangebiet und angrenzenden Bereichen nicht betroffen.

Auswirkungen des Vorhabens auf internationale Schutzgebiete, insbesondere gemeldete Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Art. 4 Abs. 2 FFH-Richtlinie und europäische Vogelschutzgebiete, sind nicht erkennbar. Auch Gebiete der nationalen Schutzkategorien der Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützten Landschaftsbestandteile sind in der weiteren Umgebung des Plangebietes nicht vorhanden.

Erhebliche Beeinträchtigungen durch die Aufhebung des Bebauungsplans können ausgeschlossen werden. Im Hinblick auf das Schutzgut sind somit keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

4.2.6 Schutzgüter Klima und Luft

Durch die Aufhebung des Bebauungsplans sind spürbare Auswirkungen auf das Orts- und Regionalklima nicht zu erwarten.

4.2.7 Schutzgut Landschaftsbild

Der Plangeltungsbereich ist hauptsächlich durch die bestehende Bebauung geprägt. Nördlich, östlich und südlich schließen weitere Wohnbebauungen an. Westlich befindet sich ein landwirtschaftlicher Betrieb. Im weiteren Umfeld sind Gehölzstrukturen und landwirtschaftliche Nutzflächen vorhanden. Erhebliche Beeinträchtigungen durch die Aufhebung des Bebauungsplans können ausgeschlossen werden. Im Hinblick auf das Schutzgut sind somit keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

4.2.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Vorkommen von Kulturdenkmalen sind für den Plangeltungsbereich und seine nähere Umgebung nicht bekannt. Auch Beeinträchtigungen von sonstigen Sachgütern können ausgeschlossen werden.

4.2.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Es sind keine relevanten, über die bereits beschriebenen Auswirkungen hinausgehenden Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern erkennbar.

4.3 Alternative Planungsmöglichkeiten

Alternative Planungsmöglichkeiten stellen den Verzicht auf das Aufhebungsverfahren (Beibehaltung des Status quo) oder die Änderung/ Neuaufstellung des Bebauungsplanes dar:

- Die Status quo Prognose umfasst die voraussichtliche Entwicklung des Plangebietes ohne Durchführung des Vorhabens (Nullvariante), in diesem Fall also ohne Aufhebung des Bebauungsplanes. Bei einem Fortbestehen des Bebauungsplanes mit seinen Änderungen gelten weiterhin die darin getroffenen Festsetzungen.
- Änderung/Neuaufstellung: Da die Planungsziele erreicht sind, besteht aus städtebaulicher Sicht kein weiterer Regelungsbedarf.

Eine Standortalternativenprüfung ist, da sich die Aufhebung eines Bebauungsplanes immer auf ein spezielles Plangebiet bezieht, nicht möglich.

4.4 Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher Umweltauswirkungen

Der im Bebauungsplan Nr. 1 festgesetzte nordöstlich Knick konnte nicht mehr festgestellt werden. Da Knickstrukturen nach § 21 als geschützte Biotope gelten, sind diese entsprechend auszugleichen. Die Berechnung des Knickausgleichs erfolgt nach den „Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz“ vom 11. Juni 2013 des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein. Laut B-Plan Nr. 1 der Gemeinde Tappendorf müssten sich im nordöstlichen Bereich 41 m Knick befinden, somit ist eine Neuanlage von **82 m** Knick erforderlich, um diesen Eingriff zu kompensieren. Der Ausgleich der Knickstrukturen findet auf dem Flurstück 6, Flur 8 in der Gemarkung Ellerdorf statt.

Es wird bei der Herrichtung der Knickstrukturen explizit auf die Anbindung der neuangelegten Knickstrukturen an bestehende Knickstrukturen geachtet, damit eine Anbindung an bestehende linienhaften Biotopstrukturen gewährleistet ist und nicht eine "Verinselung" entsteht. Es ist eine Knickneuanlage von insgesamt 82 m vorgesehen, die sich am benannten Standort dort gut in die bestehende Strukturen einfügen und so das bestehende Biotopverbundsystem ergänzen und als Lebensraum für verschiedene Tierartengruppen zur Verfügung stehen können.

Der Knick wird in der typischen Form und mit den Maßen angelegt. Die Grundfläche des Walles ist mit 3 m Breite vorgesehen. Die Wallkrone erhält eine Breite von 1,50 m. Die Wallhöhe beträgt ca. 1,00 m. Die Wallkrone wird mit einheimischen, standortgerechten Gehölzen (Sträucher und Heister) bepflanzt (siehe Pflanzliste). Aus der Pflanzenliste ist eine Auswahl hinsichtlich der zu verwendenden Gehölzarten zu treffen. Damit sich die Gehölze nicht gegenseitig verdrängen, sollten Gehölze der gleichen Art in kleinen Gruppen gepflanzt werden. Insgesamt ist darauf zu achten, dass sich die Bepflanzung des Knicks jeweils aus verschiedenen Gehölzarten zusammensetzt, damit Möglichst ein "bunter Knick" entsteht. Die Pflanzungen sind vorzunehmen und der Pflanzabstand innerhalb der Pflanzenreihe be-

trägt 1,00 m, der Reihenabstand beträgt 0,50 m. Der Pflanzboden ist mit Strohmulch zu bedecken. Die Knicks sind wirksam gegen Wildverbiss zu schützen.

Pflanzliste:

Bäume

Feld-Ahorn (*Acer campestre*), Spitz-Ahorn (*Acer platanoides*), Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*), Vogel-Kirsche (*Prunus avium*), Stiel-Eiche (*Quercus robur*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*)

Sträucher

Roter Hartriegel (*Cornus sanguinea*), Hasel (*Corylus avellana*), Zweigriffliger Weißdorn (*Crataegus laevigata*), Gemeines Pfaffenhütchen (*Euonymus europaea*), Schlehe (*Prunus spinosa*), Hunds-Rose (*Rosa canina*), Sal-Weide (*Salix caprea*), Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*), Gewöhnlicher Schneeball (*Viburnum opulus*)



Abbildung: Knickneuanlage
Flurstück 6, Flur 8 in der Ge-
markung Ellerdorf

Darüber hinaus werden durch das Planvorhaben keine über den bisher zulässigen Rahmen hinausgehenden, erheblichen Eingriffe in den Naturhaushalt bewirkt. Damit erübrigen sich Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich von Eingriffen.

Auch Risiken hinsichtlich bisher nicht erkannter Umweltauswirkungen werden gering eingeschätzt. Über die fachgesetzlichen Verpflichtungen hinausgehende Maßnahmen zur Um-

weltüberwachung (Monitoring) werden daher seitens der Gemeinde für nicht erforderlich gehalten.

4.5 Zusammenfassung

Die im Bebauungsplan Nr. 1 dargelegten Planungsziele der Gemeinde Tappendorf sind als umgesetzt anzusehen. Aus diesem Grund entschloss sich die Gemeinde Tappendorf zur Aufhebung des betreffenden Bebauungsplanes.

5. Kosten

Der Gemeinde Tappendorf entsteht neben den Planungskosten sowie den Kompensationsbedarf für den Eingriff in den nordöstlichen Knick kein weiterer finanzieller Aufwand.

Tappendorf, den

- Bürgermeister -